



Es gilt das gesprochene Wort!

Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD)

Presse-Statement: Vorstellung des Bündnisses für Gute Pflege

Berlin, 14. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wissen als ein Verband, der die Interessen der pflegebedürftigen Menschen und der pflegenden Angehörigen vertritt, wie brisant die Situation der Pflege in Deutschland bereits heute ist. Sie steht in der Tat auf Spitz und Knopf:

Millionen Menschen in unserem Land sind von Pflege betroffen. Von den rund 2,4 Millionen als pflegebedürftig anerkannten Menschen werden zwei Drittel zu Hause und ein Drittel in stationären Einrichtungen gepflegt.

Und ihre Zahl wächst. Prognosen gehen für das Jahr 2030 bereits von 3,4 Millionen pflegebedürftigen Menschen aus. Insbesondere die bestehenden Qualitätsmängel in der Pflege, die fehlende Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und die ausbleibende Sicherung einer würdevollen Pflege lasten auf den betroffenen Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen und professionellen Pflegekräften. Seit der Ankündigung der Bundesregierung, 2011 werde das „Jahr der Pflege“, wurden sie immer wieder getröstet. Die zunächst für Sommer 2011 angekündigte Pflegereform soll jetzt bis Mitte 2012 erfolgen. Dabei zeichnet sich immer stärker ab, dass mit dem geplanten „Pflege-Neuausrichtungsgesetz“ kein großer Wurf gelingen wird. Die gestern erfolgte Verbändeanhörung hat gezeigt, dass mit einer Neuausrichtung in der Pflege durch dieses Gesetz jedenfalls nicht zu rechnen ist.

Dabei ist ein gesamtgesellschaftlicher Aufbruch nötig, um die Pflege umfassend und wahrhaft neu auszurichten und zu stärken. Eine Mini-Reform wird die grundlegenden Probleme nicht lösen.

Der Handlungsbedarf ist enorm, wenn qualitativ hohe und adäquate Leistungen für Pflegebedürftige in Zukunft gewährleistet werden sollen; angefangen bei einer umfassenden Beratung und Hilfestellung, wirksamer Prävention, der Stärkung der häuslichen Pflege bis hin zu Zusatzleistungen für Demenzkranke.

Enorm sind auch die notwendigen Maßnahmen, um die pflegenden Angehörigen besser anzuerkennen und zu unterstützen:

Tragfähige Entlastungsstrukturen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie eine zielgerichtete Unterstützung der Selbsthilfe sind dringend geboten.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft im Bereich der Pflege steht, sind gewaltig. Um Sie zu meistern, ist eine umfassende Reform erforderlich. Stückwerk reicht nicht aus, wenn den von Pflege betroffenen Menschen bessere Unterstützung gegeben werden soll – als bisher.

Wir lassen es der Bundesregierung nicht durchgehen, wenn sie jetzt weiße Salbe verteilt und grundlegende Weichenstellungen scheut.

Zweifellos meine ich nicht nur den SoVD, wenn ich von WIR spreche. Ich meine das „Bündnis für eine gute Pflege“, das heute startet. Ein breit geschmiedetes Bündnis, das neben Gewerkschaften und Sozialverbänden auch Wohlfahrts- und Verbraucherverbände sowie viele weitere Organisationen und Interessengruppen abbildet.

Unser Bündnis zeigt damit in aller Deutlichkeit auf, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nur dann erfüllt werden kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, den Finger in die Wunde zu legen und auf den verhängnisvollen Stillstand in der Pflege hinzuweisen. Zudem wollen wir mit unseren Forderungen den drängenden Handlungsbedarf für eine gute Pflege aufzeigen. Notwendig sind durchgreifende Maßnahmen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie im Hinblick auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für professionelle Pflegekräfte.

Dies alles muss solidarisch finanziert werden. Denn jeder hat ein Recht auf gute Pflege.

Meine Damen und Herren,

gute Pflege ist ein Menschenrecht. Und das „Bündnis für eine gute Pflege“ wird sich bis zur Bundestagswahl im kommenden Jahr mit geballter Kraft für dieses Recht einsetzen.

Vielen Dank.